

Fragen Sie mal im Bioladen nach

Kommt nach dem dreifachen agrarpolitischen Nein die Stunde der Landschaftsgärtner?

Nicht am vergangenen Wochenende hat das Volk der Agrarpolitik der Preisstützungen und des «kontrollierten Strukturwandels» den Boden entzogen. Der Wandel wurde bereits in der Abstimmung vom September 1986 vollzogen, als die StimmbürgerInnen den Zuckerbeschluss ablehnten, und gleichzeitig verpflichtete sich der Bundesrat im Rahmen der Uruguay-Runde des Gatt, die staatlichen Preisstützungen für Agrarprodukte abzubauen. Seither sind alle Agrarvorlagen von den StimmbürgerInnen abgelehnt worden. Und zwar sowohl diejenigen, die von Bundesrat und Parlament dem Volk vorgelegt wurden, wie auch diejenigen der links-grünen Opposition. Agrar- und ausenpolitische Vorlagen sind offenbar nicht nur komplex, sondern provozieren zunehmend auch grundsätzliche Ablehnung an der Urne.

Mit der Behauptung, es gehe am 12. März um die Existenz der Landwirtschaft, versuchten die grossen landwirtschaftlichen Verbände wie

schon 1986, vom Souverän ein Ja zu agrarpolitischen Detailfragen zu erzwingen. Dass es ihnen nach den Erfahrungen der letzten zehn Jahre gelungen ist, die bürgerlichen Parteien und die Wirtschaftsverbände vor ihren Karren zu spannen, ist weniger Ausdruck der politischen Macht der Verbände als vielmehr ein Zeichen für die agrarpolitische Kopflösigkeit ihrer Verbündeten. Aus Angst vor einer Volksabstimmung über das Gatt hat sich der Vorort wie selten zuvor in die Nessel gesetzt.

Und die SiegerInnen? Werden sie jetzt die beiden im Vorfeld der Abstimmung stets als Einheit präsentierten Ziele von «mehr Ökologie und mehr Markt» realisieren können? Wohl kaum, denn die wirtschaftsliberalen Gegner vom Wochenende haben bereits klargemacht, dass sie auch die auf dem Tisch liegenden Vorschläge der links-grünen Agraropposition bekämpfen werden. Markt und Ökologie schliessen sich zwar nicht zum

vornherein aus, aber in der Praxis vertragen sie sich eben doch bedeutend schlechter als in der Propaganda eines Abstimmungskampfes. Wem das zu pessimistisch ist, der oder die soll sich beim nächsten Einkauf im Bio-laden erkundigen, welche Auswirkungen die Segnungen der durch mehr Markt bewirkten Senkungen der Nahrungsmittelpreise auf die Produktion biologischer Nahrungsmittel in der Praxis haben.

Die ökologisch motivierten GegnerInnen hoffen jetzt, zusammen mit der bürgerlichen Mehrheit die Deklarationspflicht für ökologische und andere Nahrungsmittel einführen und Abgaben auf Dünger- und Pflanzenschutzmitteln erheben zu können. Die wirtschaftsliberalen OpponentInnen hingegen fordern marktfähige Strukturen. Sie haben ja schon vor der Abstimmung erklärt, der Handel mit Milchkontingenten dürfe nicht an ökologische Auflagen geknüpft werden, sondern die Kontingente müssten ganz abgeschafft werden. Um den Milchpreis

auf das – auch von links-grünen Kreisen als erstrebenswert erachtete – EU-Niveau senken zu können, braucht es logischerweise eine Konzentration der Milchproduktion innerhalb der kostengünstigsten, nicht der ökologisch sinnvollsten Strukturen. Einig ist man sich einzig darin, dass die Direktzahlungen an Bauern und Bäuerinnen, die bereit sind, anstelle von billiger zu importierenden Nahrungsmitteln die Landschaft zu hegen und zu pflegen, ausgebaut werden sollen.

Als agrarpolitische Wasserscheide wird der 12. März nicht in die Geschichte eingehen. Zu viel mehr als der Hoffnung, dass er sich nicht als Durchbruch der mit fatalen ökologischen und sozialen Folgen verbundenen Trennung zwischen einer sich rasant industrialisierenden Nahrungsmittelproduktion und einer mit staatlich garantierten Direktzahlungen ermöglichten Landschaftspflege erweisen wird, besteht allerdings kaum Anlass.

Peter Moser

Monteforno-Werke im Tessin: Protest nach dem Verhandlungsabbruch

Ein selbstverwaltetes Stahlwerk?

Seit über drei Wochen verhindern die entlassenen Arbeiter der Monteforno-Stahlwerke in Bodio alle Lieferungen. Und nun drohen sie, den seit Ende Januar stillgelegten Betrieb zu besetzen, falls die Von Roll die Verkaufsverhandlungen nicht wieder aufnehme.

Von Peter Schrembs

Die Verkaufsverhandlungen der Von Roll mit dem Kinglor-Pool, der sich vor einigen Monaten als Jointventure zwischen der deutschen Scholz-Gruppe und den Cattaneo-Werken in Giubiasco zur Übernahme der Monteforno gebildet hatte, sind geplatzt: Dies bestätigte die Unternehmensleitung der Von Roll an einer Pressekonferenz am letzten Donnerstag in Oerlikon. Der Konkurrenzdruck auf das ehemalige Mutterhaus sei zu gross, begründete die Von-Roll-Leitung ihren Entscheid; zudem habe sich auch die letzte Interessentin, die deutsche Scholz-Gruppe, zurückgezogen.

Am Tag darauf dementierte Kinglor diese Meldung: In einer Pressemitteilung hielt das Joint-venture fest, dass sowohl Cattaneo als auch Scholz weiterhin ihr Kaufangebot aufrechterhalten würden. Bernd Ulrich Scholz, der einen wichtigen Platz im europäischen Schrotthandel einnimmt, sei nach wie vor an einem Brückenkopf zwischen Nord- und Südeuropa interessiert und rechne mit einer grossen Nachfrage an Stranggussknüppeln, hiess es weiter in der Mitteilung. Und dass die Cattaneo-Werke, ein bereits 1870 gegründetes und im Bahnbau tätiges Familienunternehmen, in verschiedener Hinsicht von einer Übernahme profitieren würden, ist im Tessin seit längerem bekannt: Erstens kämen sie bei einem Umzug nach Bodio in den Genuss der Staatshilfe für wirtschaftlich schwache Regionen, zweitens hätten sie in Giubiasco ein sehr attraktives Areal für Wohn- und Geschäftsbauten zur Verfügung, drittens versprechen sie sich lukrative Synergien mit dem deutschen Schrotthändler, viertens hoffen sie auf eine Privatisierung des SBB-Wagen-Unterhalts, und fünftens würde das Werk mitten in die Alpentransit-Jahrhundertbaustelle zu stehen kommen. Allerdings hatte das Übernahmepro-

jekt Scholz-Cattaneo seit Anbeginn einen grossen Haken: Von Roll wünscht für die nächsten fünfzehn Jahre keine Konkurrenten im Schweizer Betonstahlgewerbe. So musste denn auch die Verhandlungsdelegation des Tessiner Staatsrates, die sich am 16. Februar in Zürich mit den verschiedenen Partnern traf, unverrichteter Dinge wieder abziehen.

Damit war für die von den monatelangen Verhandlungsverzögerungen enttäuschte Monteforno-Belegschaft das Fass voll. Am 17. Februar forderten die 250 Arbeiter vor der Niederlassung der SBB, einer der Hauptgeldgeberinnen der Von Roll, lautstark «saubere Investitionen statt Mafia-Geschäfte». Am 21. Februar trafen sie sich vor den Fabrikatoren und beschlossen im Einvernehmen mit der Christlichnationalen Gewerkschaft (CNG) und mit dem

Smuv, die Lieferung der noch in Bodio gelagerten Produktionsbestände nach Gerlafingen zu stoppen. Am selben Tag gelang es ihnen, die Gotthardlinie am Bahnhof Bodio über eine Stunde lang zu blockieren. Und als am 24. Februar der Monteforno-Direktor Hans Anton Meier braungebrannt aus den Skiferien in Bodio auftauchte, wurde sein Beschluss, die letzten fünfzehn noch im Werk tätigen Arbeiter fristlos zu entlassen, mit einem Pfeifkonzert quittiert. Die Zugänge des Betriebs standen immer noch unter der Kontrolle der Belegschaft: Nachdem am Dienstag zuvor ein Lastwagen versucht hatte, die Barrikaden vor den Zufahrten zu rammen, wurden diese mit Geröllhaufen noch verstärkt.

Seit längerem übte die Von-Roll-Leitung Druck auf den Tessiner Staatsrat aus, um einen Bauauftrag

für eine neue Kehrrechtverbrennungsanlage zu erhalten. Doch Von Roll wurde bereits in der Vorrunde aus dem Geschäft ausgeschieden. Nun setzen sich die Gewerkschaften und der Staatsrat dafür ein, dass Von Roll ihren Entscheid zurücknimmt. Falls das Übernahmegerüst endgültig platzen sollte, hat die Belegschaft am letzten Freitag einmütig beschlossen, die Fabrik zu besetzen und die Produktion in Selbstverwaltung weiterzuführen. Gelingt es ihnen, die anstehenden technischen, rechtlichen und kaufmännischen Probleme zu lösen, so könnte womöglich am 21. März die Monteforno als «Schweizer LIP» (die von den ArbeiterInnen übernommene LIP-Fabrik in Besançon, Frankreich, galt in den siebziger Jahren als Modell der Selbstverwaltung) den Betrieb aufnehmen.

Protest gegen Heliskiing: Flugblätter verteilen auf 3000 Metern Höhe

Mountain Wilderness auf dem Wildhorn

«Je le connais», lehnt der Bergführer das Flugblatt dankend ab. Er ist mit seinen fünf KlientInnen eben dem Helikopter entstieg, und alsbald wird die Gruppe durch den frischen Pulverschnee in die Tiefe schwingen. Die rund zwei Dutzend AktivistInnen der Umweltorganisation Mountain Wilderness warten mit ihrem Transparent «Stop Heliskiing» und mit Flugblättern auf die nächste Heliskiing-Gruppe.

Nur dreimal dröhnt der Helikopter an diesem Sonntag morgen heran, wo sonst auf dem Wildhorn jedes Wochenende Dutzende von Flugbewegungen registriert werden. Der Dreitausender zwischen Berner Oberland und Wallis hält damit aber bei weitem nicht die Spitze aller 43 Gebirgslandeplätze in der Schweiz. Das eigentliche Eldorado liegt im Wallis, und der Theodulpass bei Zermatt lockt sechsmal mehr Heliskiing-Passagiere an als das Wildhorn. In der Schweiz leisten sich SkifahrerInnen jeden Frühling rund 16 000mal solch nicht ganz billiges Skivergnügen (160 Franken pro Person ohne Bergführer). Während aber der Walliser

Tourismus das Heliskiing als Bestandteil der Angebotspalette betrachtet, hat der Kanton Graubünden strengere Richtlinien eingeführt. Dort gibt es seit 1993 einen regierungsrätlichen Beschluss, der das Heliskiing ausserhalb der Skigebiete weitgehend beschränkt.

Seit über zehn Jahren fordern Umweltkreise ein Verbot dieser unsinnigen Freizeitaktivität, für welche die Schweiz einen der letzten Standorte bietet. Doch im vergangenen Herbst hat sich der Bundesrat erneut gegen eine Aufhebung der Landeplätze ausgesprochen. Dabei stellt sich mittlerweile auch eine wachsende Zahl von BergführerInnen gegen die umstrittene Sportart. Nach Meinung von Bergführer Jürg Meyer aus Basel wäre ein Einstehen für den Verzicht auf das Heliskiing sogar ein gutes Werbeargument für die eigene Branche und deren naturnahen Tourismus. Damit verliert das Argument, Heliskiing biete Arbeitsplätze für BergführerInnen, an Boden. Laut Beat Perren, dem Direktor der Air Zermatt, werden lediglich fünf bis sechs Prozent des Gesamtum-

satzes der Firma mit dem Heliskiing erzielt.

In den letzten Jahren hat sich Mountain Wilderness Schweiz mit dem Widerstand gegen das Heliskiing profiliert. Seit einigen Monaten arbeiten verschiedene Arbeitsgruppen auch zu anderen aktuellen Themen. Ziel ist der Aufbau einer kritischen AlpinistInnen-Lobby, welche sich zukünftig um die wachsenden Probleme des Hochgebirgstourismus kümmern soll. Dazu gehört die Beschäftigung mit der Alpenkonvention, gegen deren Ziele der Helitourismus grundlegend verstösst. In diesem internationalen Vertrag ist nämlich von einer Entwicklung die Rede, welche den Tourismus mit den sozialen und ökologischen Erfordernissen in Einklang bringen soll – wo nötig auch durch eine Einschränkung umweltschädlicher touristischer Aktivitäten. Bisher stellt sich die Schweiz bei der Alpenkonvention quer.

Dominik Siegrist

Kontaktadresse: Mountain Wilderness, Postfach 148 Zürich, 8037 Zürich, Tel.: 01/273 37 11

Abbruch verfügt

Biel. Durch eine Abbruchverfügung will der Bieler Baudirektor Jürg Scherrer (FP) die Besitzerin des Bielerhofs, die Gläubiger der Erbgemeinschaft Kleinert, zum Abbruch des baufälligen Gebäudes zwingen. Immobilienhändler Viktor Kleinert hatte das ehemalige Hotel gemeinsam mit dem ganzen Häuserblock in der Bieler Innenstadt Ende der siebziger Jahre erworben. Ein gemeinsam mit der Migros und der SBB geplantes Grossprojekt wurde 1981 vorgelegt. Seine Realisierung kam aber bis heute nicht zustande – auch weil die Gruppe «Wohnungsnot» mit Einsprachen und Beschwerden sämtliche Rechtsmittel ausschöpfte, um den Abbruch der Häuser zu verhindern. Inzwischen wird aber auch von ihr eingeräumt, dass der Bielerhof wegen seines schlechten baulichen Zustands nicht mehr erhalten werden kann. Aber es bleibe die Vermutung, dass mit der Abbruchverfügung für den Bielerhof die Besitzerin dazu gebracht werden soll, den gesamten Komplex niederzureissen – aus Kostengründen. Und da ein Investor trotz verschiedener Gerüchte nicht in Sicht sei, dränge sich dann eine dem Geist von Jürg Scherrer entsprechende Zwischennutzung der Abbruchfläche auf: als Parkplatz.

Absage erteilt

Bern. Im Auftrag des eidgenössischen Personalamts organisiert das Institut für Ethnologie der Universität Bern nächste Woche eine Weiterbildungstagung unter dem Titel «Nationalismus, Multikulturalismus und Ethnizität». Die Tagung, die den aktuellen Forschungsstand aufzeigen und Schlussfolgerungen für Politik und Wissenschaft ziehen will, wird von verschiedenen Bundesämtern mitgetragen. Unter dem Patronat der Universität geben sich die für die umstrittene schweizerische AusländerInnen- und Flüchtlingspolitik Verantwortlichen ein Stelldichein. Neben dem Direktor des Bundesamts für Flüchtlinge, Urs Scheidegger, wird auch der Vizedirektor im Bundesamt für Ausländerfragen, Peter Huber, als Moderator auftreten. Huber war früherer Bundespolizeichef, wurde aber im Laufe der Fichenaffäre kaltgestellt. Das Stehaufmännchen bleibt für einige Persona non grata. Jürg Frischknecht, der für ein Referat angefragt wurde, war Hubers Beteiligung eine Absage wert: «Ich empfinde den gesetzten Moderator als Zumutung. Unter seiner Verantwortung wurde ich wie Tausende andere MitbürgerInnen polizeilich überwacht», teilte er in einem Brief den Veranstaltern mit.



Fragen Sie Luigi Monster

Gestern veranstalteten wir in der Fraktion ein Brainstorming über die Zukunftsperspektiven der Linken: Niemandem fiel etwas ein. P. B.

Sehr geehrter Herr Bodenmann

Nach über hundert Jahren bürgerlicher Dominanz klebt an der SPS eine Looser-Mentalität, die sich negativ auf alle Wahlergebnisse auswirkt.

Deshalb schlage ich eine Radikalerneuerung vor. Als Schlager für die Wahlen 95 wird die «Millionärsteuer» gehandelt – ein chancenloser Unfug. Allein die Umsätze der Lottoindustrie beweisen, dass das Volk sich in seiner überwiegenden Mehrheit als potentielle Millionäre betrachtet. Millionäre brüskieren heisst das Volk brüskieren. Dabei könnte die Propaganda der SPS gegen Kartelle, Banken, Multis durchaus Erfolg haben. Das beweist der Triumph der interessantesten linken Bewegung der Gegenwart, die 1994 mit geharnischter Kritik an Justiz, Polit- und Wirtschaftszilz erdrutschartige Triumphe feierte – ich meine den European Kings Club. Der EKC löste sich vom klassischen linken Nörgel-Image und bot nicht nur Bankenkritik, sondern auch positive Gegenentwürfe: auf jeden Franken siebzig Prozent Zinsen.

In diese Marktlücke sollte die SPS springen: Schluss mit Banken und Arbeitgebern, die mickrige zwei bis fünf Prozent bieten! Wählt SPS mit neunzig Prozent Rendite: beim Kauf der August-Bebel-Letters (1000 Franken), der Helmut-Hubacher-Scheine (2000 Franken), der Jean-Ziegler-Papiere (fünf Franken, für Kinder).

Kapitalismus lässt sich nur durch Kapitalismus besiegen. Die Rosa Luxemburg der neunziger Jahre heisst Damara Bertges. L. M.